

Hans-Joachim Stief

Gerolstein, 54568 Albertinumweg 2

☎ 06591 985320

0152 34204739

📠 06591204477

www.hjst.net

Hans-Joachim Stief, Albertinumweg 2, Gerolstein, 54568

31.12.2018

Polizeiwache Gerolstein
Polizeiinspektion Daun
Raderstr. 11
Gerolstein 54568

Thema: **Anzeige** gegen den

- Gerolsteiner Stadtbürgermeister **F. Bongartz**,
- den ersten Beigeordneten **Klaus Jansen**
- den jetzigen und für die fusionierte VG schon [vorinstallierten Fachbereichsleiter](#) für *natürliche Lebensgrundlagen!!* u. Bauen **Carsten Schneider**
- den sich und sein Amt als früherer Bürgermeister unkontrolliert selbst abwickelnden Beauftragten **Matthias Pauly**
- den Königsmacher (2001- Pauly, 2014 - Bongartz, 2018 - Schmitz), als jahrzehntelanger Fraktionssprecher der Mehrheitspartei CDU im VG Rat und alter wie neuer Vorsitzender des fusionierten CDU-Gemeindeverbandes sowie Listenführer der CDU **Klaus Schildgen** und Initiator der Resolution vom 13.12.2013

1. **Wegen extremer Gefährdung der materiellen und ideellen Existenzgrundlagen (Wasser/Boden) Gerolsteins u. des Gerolsteiner Landes trotz detailliertem Wissen um das vorhandene Gefahrenpotential,**
2. **Wegen regelmäßigen Verstoßes von Bürgermeister und Verwaltung gegen die Vorgaben des Transparenzgesetzes, (vormals des Bürgerinformationsfreiheitsgesetzes) nicht nur gegenüber den BürgerInnen, sondern auch gegenüber den Mandatsträgern in den Gremien von Stadt und VG. Der Anspruch an sich selbst und an seine Verwaltung ergibt sich aus den von Pauly 2006 initiierten Leitlinien. Deren Vorgaben:**

“Die politischen Gremien nehmen ihre Verantwortung für das Ganze wahr und treffen

ihre Entscheidungen im Einklang mit dem gemeinsamen Leitbild.

Die Verwaltung ist für Neuerungen aufgeschlossen und unterstützt die Bemühungen der Akteure um zukunftssträchtige Lösungen. Sie analysiert die Veränderung der Rahmenbedingungen, beschafft die nötigen Informationen und stellt den BürgerInnen verlässliche Entscheidungshilfen zur Verfügung.“

3. durch **bewusstes Ignorieren und Leugnen** von Fakten und seit Jahrzehnten vorliegender Informationen,
4. durch das **Ignorieren, Übergehen und Missachten der demokratischen Gremien** in Stadt und VG Gerolstein
- Die **demokratische Kontrolle der Verwaltung und Gestaltungsmöglichkeiten der Mandatsträger werden im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung** auf diese Weise unmöglich gemacht .-
5. durch das **Unterlassen gebotener Untersuchungen (Beproben von Boden und Wasser) und Maßnahmen zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen,**
6. durch das **Unterlassen und Verweigern zwingend notwendiger Schutzmaßnahmen für die Mineralwasserentstehungsgebiete** (Anhang: der Gerolsteiner Kalkmulde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einige **Vorabinformationen/Fakten** zum Verständnis der Anzeige, die aufzeigen sollten, dass die angezeigten Personen über das Problemfeld Mineralwasserschutz seit Jahrzehnten umfänglich informiert waren:

- Im Frühjahr 1992 informierte mich (Stadtrat seit 1989-1999, 2004-2009) ein damals bei der Stadt beschäftigter Geologe über den nach seiner Meinung fahrlässigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen.
Grundwasser und in der Folge auch die Tiefenwasser der Gerolsteiner Mulde seien gefährdet:
Ein Kollege, Dr. Köppen, habe im Rahmen seiner Dissertation (1987) Störungszonen (Verwerfungen, Spalten) im Bereich der Gerolsteiner Mulde nachgewiesen, was ein schnelleres Fließen des Grundwassers zu den Tiefenwässern bedeuten könne. Dadurch sei auch der Eintrag eventueller Gefahrenstoffe nicht auszuschließen. (Anhang: Anthropogene Gefährdungen ...)
Auf Antrag der damaligen FWG fand deshalb im Sommer 1992 eine Anhörung des Dr. Köppen im Bauausschuss des VG Rates statt.
Seit dieser Anhörung und der Vorlage der Niederschrift am 03.11.1992 waren Verwal-

tung und Mandatsträger von Stadt und VG über

- den Vorgang der Mineralwasserneubildung,
- die zeitlichen Parameter der Neubildung ,
- den Zusammenhang zwischen der jährlichen Niederschlagsmenge mit der Grundwasserversorgung und in der Folge der Mineralwasserneubildung.
- die räumliche Ausdehnung des Mineralwasserbildungs- und Gewinnungsgebietes (nur ca. 12 km² (Anhang: Karte Köppen)
- und das Gefährdungspotential (s. Oben) informiert.

- **Für die Verwaltung waren damals (1992) schon verantwortlich und bis ins Detail informiert:**

Georg Linnerth als Stadtbürgermeister (1989–2004, ab 2009 Fraktionssprecher der SPD im VG Rat und Mitglied der PLG Trier)

Klaus Jansen als damaliger Bürovorsteher (später Fachbereichsleiter Fachbereich II für Bauen/Umwelt bis 2014 und aktuell 1. Beigeordneter der Stadt Gerolstein).

Klaus Schildgen stand schon der CDU-Mehrheitsfraktion vor, deren Mitglied damals auch der heutige Bundestagsabgeordnete Patrik Schnieder war.

- 2001 stand die Neuwahl des Verbandsbürgermeisters an. Im Wahlkampf engagierte ich mich für den von der CDU (RA Schildgen) empfohlenen externen Bewerber Matthias Pauly, weil dieser im Vorfeld der Wahl seinen Unterstützern zugesagt hatte, sich u. A. vehement für den Schutz unserer natürlichen Ressourcen einzusetzen. Nach seinem Amtsantritt 2002 wurde BM Pauly mehrfach von mir und Herrn Klaus Lehnen (†) ohne jeden Erfolg auf sein Wahlversprechen angesprochen. Pauly verweigerte jede Initiative z. B. mit Argumenten der Qualität wie „Ich muss gegenüber dem Gerolsteiner Brunnen noch zuerst eine adäquate Gesprächsebene finden“ „Ich schlage die Bildung eines Arbeitskreises vor ...“
Wegen Paulys Verweigerung forderte ich ihn im Februar und im Mai 2002 in zwei Schreiben eindringlich dazu auf, **dieses für Gerolstein existenzielle Problem endlich anzugehen**. Im meinem Antwortschreiben zum ersten Brief antwortete Pauly(-typisch) ohne auf die Fragestellung einzugehen (Anhang: Antwort Pauly...) . Auf mein zweites Schreiben erfolgte keinerlei Reaktion.
- 2004-2009 thematisierte ich als Fraktionssprecher der WG-Möller gegenüber BM Pauly mehrfach das Gefahrenszenario immer im Bezug zu Dr. Köppens Dissertation und veröffentlichte damals noch in der der Wählergruppe WGM zugeordneten Website: <https://www.hjst.net/Umwelt/Wasser/Gefährdungspotential/gefahrdungspotential.html> Schon 2003 versicherte BM Pauly nach meinem wiederholtem Verweis auf die Dissertation von Dr. Köppen dass seiner Verwaltung eine Kopie vorliege und er sich der Situation und deren Bedeutung bewusst sei.

- 2003 musste der Birresborner Sprudel wegen anthropogen verursachter Verunreinigung geschlossen werden.
- Bohrungen gefährden Mineralwasser,
TV—Montag, 15. Juli 2002
Landesweite Regelung schützt die Brunnen der Mineralquellen-Betreiber vor Erdwärme-Sonden .
Staatssekretär Hendrik Hering stellte die neue Regelung vor. **Sie räumt dem Gewässerschutz eindeutig Priorität ein:**

- „Für die Mineralwassergewinnung sind im Gegensatz zu den Heil- und Trinkwassergewinnungsgebieten keine Schutzgebiete vorgesehen, obwohl noch mehr als beim Trinkwasser der natürliche Schutz gegeben sein muss, da eine nachträgliche Aufbereitung des Rohwassers nach der Mineral- und Tafelwasserverordnung nicht zulässig ist.“

Das MUF plant deshalb zum Schutz von Mineralwassergewinnungsstellen die Darstellung von Flächen, in denen Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme nicht genehmigt werden sollen', heißt es in einer gemeinsamen Verlautbarung des Geologischen Landesamtes und des Landesamtes für Wasserwirtschaft.

Im Gegensatz zu Trinkwasser darf Mineralwasser nicht nachträglich behandelt oder gereinigt werden. Nur das Eisen darf durch Oxidation entfernt werden. Dann findet sich auf den Mineralwasserflaschen der Hinweis: "enteisent".

- Jörg Croseck in 9/2003 IHK Trier Ressourcenschutz (Anhang: Interview IHK)
- Über die Dissertation von Frau Engelhaupt **2006**, der **Verwaltung nicht bekannt**, (Anhang. S. 31 ...) habe ich die Werke in 2013 mündlich und schriftlich informiert, insbesondere über die dort genannten Möglichkeiten der Unterschutzstellung:
*„Somit ist für die Errichtung und den Betrieb größerer Anlagen, d.h. bei Anlagen, die entsprechend § 33 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WHG keine geringen, zu einem vorübergehenden Zweck entnommene Mengen an Grundwasser fördern, eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich,
Im Rahmen der Ermessensentscheidung der Wasserbehörde sind dann die Interessen gegeneinander abzuwägen..
Die Erlaubnis ist gemäß § 6 WHG zu versagen, soweit von der beabsichtigten Benutzung eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit insbesondere eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung., zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen oder durch Maßnahmen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 4 Abs.2 Nr. 3 WHG) verhütet oder ausgeglichen werden kann.“*

„Das Wohl der Allgemeinheit kann auch beeinträchtigt werden, wenn sich die Benutzung für ein privates Unternehmen, das für das allgemeine Wohl von besonderer Bedeutung ist, existenzvernichtend auswirkt.“

Das obige Zitat stammt von [Czychowski, WHG, § 6 Rn 47](#). Der Kommentar liegt den Werken in Buchform seit 2014 vor, wurde von Pauly, Werkleiter H.Brück nicht

einmal zur Kenntnis genommen. (Anhang: Kommentar ...)

Von Pauly und seiner Verwaltung erfolgte **keinerlei Information**, weder an die Mandatsträger noch an Bevölkerung, dass seinen BürgerInnen die Nutzung von Erdwärme untersagt war und vor Allem nicht **-warum**.

- Unter **Vorsitz Paulys** stimmte (Mitglied des Regionalvorstandes der PLG Trier) 1997 der VG-Rat (G. Linnerth Mitglied der Planungsgruppe Trier) dem LEP IV -Vorschlag zu, dass die im Mineralwasserbildungsgebiet liegenden **Gemeinden Rockeskyll/Hohenfels/Essingen als L-Gemeinden mit Vorrangigkeit für Landwirtschaft gewidmet wurden**.

In der selben Niederschrift wurde zustimmend zur Kenntnis genommen, dass (ohne rechtliche Bindung)

„Durch den Gerolsteiner Brunnen beim Ministerium des Innern und für Sport angeregt (und unter Eingabe-Kennung LEP-00182 bearbeitet) wird die **Ausweisung von Mineralwasserschutzgebieten. Unter der Thematik „Sicherung von Wasservorkommen“** könnte beispielsweise nachstehender Text aufgenommen werden: „Alle derzeit genutzten Mineralwasservorkommen sind durch Abgrenzung sind durch Abgrenzung von Schutzbereichen für Mineralwasser zu schützen.“ (Anhang: Vorlage 2007 ...)

- https://www.hjst.net/Umwelt/Wasser/Geeser_Maar/geeser_maar.html

Unter obiger Adresse zeigt sich deutlich die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Verwaltungshandelns, Inkompetenz oder bewusste Irreführung? (Anhang: Irreführung ...)

- Auszug aus der Niederschrift der Ratssitzung vom **21.09.2006** (TOP 8) Festlegung der Trassenführung der B 410.
Dem folgenden Beschlussantrag der Fraktion WGM wurde im **Bausschuss Stadt zugestimmt**, im **Haupt- u. Finanzausschuss der VG durch BM Pauly aber wieder aufgehoben bzw. als nicht relevant abgetan**. (Anhang: Vorlage u. Antrag B 410 ...)
„**Alle Umgehungsvarianten bedingen gewaltige Brückenbauwerke vom Pelmer Hahn in Richtung Rockeskyll. Dieses Gebiet ist Teil des Haupteinzugsgebietes der Grundwässer, durch die letztendlich auch die Tiefenwässer der Mineralbrunnen gespeist werden und sollte als äußerst sensibel eingeschätzt werden.**“
(Anhang:30_12_2018 ...)

Vor dem Hintergrund dieser Vorabinformationen/Fakten einige exemplarische Beispiele die angezeigten Personen betreffend:

<https://www.hjst.net/Umwelt/Landwirtschaft/landwirtschaft.html>

<https://www.hjst.net/Umwelt/Landwirtschaft/Gulleskandal/gulleskandal.html>

Zu M. Pauly, K. Jansen, K. Schildgen:

<https://www.hjst.net/Umwelt/Wasser/Politik-Verwaltung/politik-verwaltung.html>

Von 1989 -1994 war ich Ratsmitglied und Mitglied im jeweiligen Umweltausschuss in VG und Stadt, von 1994-1999 Stadtratsmitglied und u. A. Mitglied im FoWeU Ausschuss, 2004 bis 2009 war ich Fraktionssprecher der WG Möller und Mitglied im FoWe- und Umwelt – Ausschuss, von 2009 bis 2014 für die BUV in diesem Ausschuss.

Wie aus den Vorabinformationen hervorgeht, habe ich mich über 20 Jahre vor Allem in der Umweltpolitik engagiert und **die Problemstellung musste den angezeigten Personen in Gänze klar sein**

Spätestens **ab 2008 wurde klar, dass auch schon der Landwirt des Reginenhofes im sensibelsten Teil des Mineralwasserentstehungsgebietes mit Sondergenehmigung in der vegetationslosen Zeit auf Schnee Gülle verklappte.** (Anhang: Gülle auf Schnee ...).

Als ich dann von den Verkaufsabsichten des Landwirts hörte, sah ich darin eine riesige Chance, **durch Ankauf durch die VG, die Stadt, und/oder den Brunnenbetrieb die Flächen der Intensivlandwirtschaft zu entziehen, um so das Gefahrenpotential deutlich zu verringern.**

Ich war sicher, zeitnah durch die Verwaltung im Ausschuss informiert zu werden und entsprechende Beschlussvorschläge diskutieren zu können.

Irrtum:

Um so fassungsloser war nicht nur ich, dass **das Thema weder öffentlich noch in Gremien der VG oder Stadt aufgerufen und diskutiert wurde.**

Erst die beobachtete Erdbewegung Anfang 2012 (Anhang: TrHof 300 ...) machte die Gefahr bewusst, die durch das offensichtliche Totalversagen von Pauly und seiner Verwaltung angeordnet worden war.

Als Ausschussmitglied wurde ich erst mit dem Thema befasst, als es unter dem neuen Stadtbürgermeister B. May (seit September 2010) um das Genehmigungsverfahren nach Bauantrag des neuen Besitzers ging. (Anhang: Reginenhof Plan ...)

Unter TOP 2 (Einwohnerfragen) der VG-Ratssitzung vom 03.12.13 stellte ich folgende Fragen an BM Pauly:

- (1) Wann wurde der Reginenhof von dem Vorbesitzer Bruno Trapp an den aktuellen Besitzer verkauft?
- (2) Hatte die Verwaltung von der Verkaufsabsicht Kenntnis?- Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
- (3) Wurden VG Gremien, die Werke, die Anlieger in Gerolstein Nord, der Brunnenbetrieb und die Stadt durch die Verwaltung über den Verkauf in Kenntnis gesetzt?
- (4) Bestand ein Vorkaufsrecht seitens der VG, der Werke, der Stadt oder der Anlieger?
- (5) Wann wurde die Verwaltung erstmalig über die Ausbaupläne des niederländischen Landwirts informiert?
- (6) Wurden die Umweltausschüsse von VG und Stadt mit dieser Thematik befasst? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- (7) Warum wurden bis heute die Gerolsteiner BürgerInnen von der Verwaltung nicht umfassend über dieses für die agrarindustrielle Landwirtschaft exemplarische Projekt bzw. dessen Folgen und Gefährdungspotential informiert?
- (8) In den heutigen Mittagsnachrichten des SWR 1 wurde darüber informiert, dass der

Gemeinderat Birresborn auf seiner gestrigen Sitzung den Beschluss gefasst habe, das Projekt „Hühnerfarm“ nicht weiter zu verfolgen. Warum wurde der Gerolsteiner Öffentlichkeit und der des Gerolsteiner Landes durch die Verweigerung frühzeitiger Information die Möglichkeit zumindest des Versuchs verwehrt, wie in Birresborn durch öffentlichen Protest einen Mammutstall mit bis zu 600 Stk. Großvieh mit bis zu 10.000.000 Liter anfallender Gülle/Jahr zu verhindern?

1. Diese **8 Fragen** habe ich 29.01.2014 zusammen mit den Antworten Paulys vom 20.12.2013 und mit Kommentaren meinerseits versehen, sowie mit Quellen verlinkt in der Eifelzeitung als Leserbrief veröffentlicht. (Anhang: LB_EAZ KW 05 ...)
Die Fragen mit Paulys Antworten und Links sind auch publiziert auf meiner Website unter:

https://www.hjst.net/LB_EAZ_KW-5-PaulyAntw3_1.jpg

Ich bitte um Kenntnisnahme

Insgesamt werden die Antworten Paulys den Fragestellungen nicht gerecht, verschleiern und vertuschen, sind erfunden (Gespräche mit Schwartz) stellen unzulässige Behauptungen (Kommunalaufsicht) auf, fassen Fragen unzulässig zusammen mit dem einzigen Ziel, sich seiner Verantwortung zu entziehen.

Auch eine immer wieder behauptete enge Kooperation oder zielgerichtete Kommunikation mit dem „Brunnen“ hat zum Schaden Gerolstein nicht stattgefunden. Das Verhindern des Ankaufs Reginenhof hat alleine BM Pauly zu verantworten und muss m. E. auch für die entstandenen und noch folgenden Schäden gerade stehen.

2. Ein Tag vor der oben zitierten VG-Ratssitzung hatte am 02.12.2013 der Gemeinderat Birresborn wegen des enormen öffentlichen Drucks die über zwei Jahre andauernden Verhandlungen, **von Pauly vorangetrieben**, mit dem Investor für beendet erklärt und damit die umstrittene Betriebsansiedlung einer riesigen „Eierfabrik“ (300.000 Tiere) verhindert.

<https://www.hjst.net/Umwelt/Landwirtschaft/landwirtschaft.html>

Die Beigeordneten und die Fraktionen und Ausschüsse des VG-Rates waren von Bürgermeister Pauly während dieser zwei nicht informiert worden, obwohl es um eine für das ganze Gerolsteiner Land wichtige und grundsätzliche Entscheidung ging.

(Anhang: EAZ 01. KW ...)

Allein acht VG-Ratsmitglieder sind auch Mitglieder des Stadtrates, darunter der erste Beigeordnete.

Bezüglich des Reginenhofs waren diese Ratsmitglieder wie auch die Beigeordneten und Fraktionen von BM Pauly zu keiner Zeit in dessen einsame Entscheidungen seit 2009 eingebunden.

3. **Vor diesem Hintergrund glaubten nun die VG-Ratsmitglieder vor der anstehen-**

den Kommunalwahl ein Zeichen setzen zu müssen und verabschiedeten eine Resolution.

Auf Initiative des CDU Fraktionssprechers im VG-Rat Klaus Schildgen wurde am 03.12.2013 die

„Gemeinsame Resolution des Verbandsgemeinderats der Verbandsgemeinde Gerolstein gegen die Planung und Genehmigung von agrarindustrieller Landwirtschaft im Gerolsteiner Land“

(Anhang. Niederschrift Resolution ...)

(einstimmig verabschiedet auf der Sitzung des VG-Rates Gerolstein vom 03.12.2013)

Die Initiatoren der Resolution **Klaus Schildgen/Ratsvorsitzender BM Pauly** und/oder die Unterzeichner haben mit hochtrabenden Worten beeindruckend formuliert, wenig informiert und viel vernebelt. Die wohlfeile Aktion diene offensichtlich nur als unverbindliche PR-Aktion im Vorfeld der Kommunalwahl und als Ablenkung von der eigenen Verantwortlichkeit.

Die Autoren der Resolution haben sich durch die in die Zukunft gerichtete Resolution selbst einen „Persilschein“ ausgestellt, der sie nach der nur durch die Bürger verhinderten „Eierfabrik“ in Birresborn und der nicht verhinderten „Milchfabrik“ in Gerolstein aus ihrer Verantwortung und Haftung freistellen soll. Einer Verantwortung, die zu konstruktiv und zielführenden Antragstellungen hätte führen müssen und zur kritischen Kontrolle der Verwaltung.

Mehr im (Anhang: Presse-Info 2 ...)

4. „Die Regionalvertretung (Mitglied. Georg Linnerth) der Planungsgemeinschaft Region Trier hat am **10. Dezember 2013 den Entwurf des regionalen Raumordnungsplanes** für das **Anhörungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit** beschlossen. Gemäß § 6 Abs. 4 des Landesplanungsgesetzes (LPIG) wird der Planentwurf mit Begründung und Umweltbericht vom **10. März bis einschließlich 9. Juni 2014 öffentlich ausgelegt**“

Laut Niederschrift

„kündigte Herr Pauly (als Mitglied des Vorstandes der Regionalvertretung) für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag an. Der Planentwurf habe die notwendige Reife erreicht...“

Diese Aussage des BM Pauly ist aus zwei Gründen bemerkenswert:

•BM Pauly ist **Mitglied des Vorstandes der Regionalvertretung der PLG Trier als Vertreter der VG (Gebietskörperschaft)**.
Er hat deshalb die Interessen des Gerolsteiner Landes zu vertreten und **nicht** die Position der CDU-Fraktion.

•Die positive Bewertung des **Beschlussvorschlages der Regionalvertretung** zur Kategorie Landwirtschaft durch BM Pauly wird offensichtlich von **seiner Verwaltung und vom VG-Rat 1 zu 1 übernommen**:

Weder in der nachgefragten Stellungnahme des VG-Rates vom 15.05.2014 noch im durch den Rat übernommenen Beschluss des Bau-, Werk- und Umweltausschusses des Verbandsgemeinderates vom 08.04.2014 ist ein Wort oder auch

nur der Ansatz einer Intention der Resolution vom 03.12.2013 wiederzufinden.
Der Rat beschloss in seiner Stellungnahme genau das Gegenteil:

[Stellungnahme/ Beschluss des VG-Rates vom 15.05.2014](#)

In einer erneuten Resolution, diesmal zur Rohstoffsicherung, beschließt der VG-Rat **Statements zu insgesamt 12 Unterpunkten** (Kategorien):

„... Ergänzend zu den Ausführungen im Beschlussvorschlag zur Rohstoffsicherungsplanung fordert der Verbandsgemeinderat im Einzelnen: ...“

Unter diesen 12 Punkten taucht der Begriff „Landwirtschaft“ noch **nicht** einmal auf.

Lediglich unter Punkt 7 wird eine windelweiche und inhaltslose Forderung gestellt:

„Dem besonderen **Schutz des Grundwassers und die überragende Bedeutung des Mineralwassers sind angemessen im ROP** zu berücksichtigen.“

Auch in den unter dem Abschnitt „**Beschlüsse**“ aufgeführten 5 Unterpunkten spielt die „Landwirtschaft“ keine Rolle. Man ergeht sich in unverbindlichen Absichtserklärungen.

Ansonsten schließt sich der VG-Rat den Beschlussempfehlung des BWU an:

„Der Verbandsgemeinderat bestätigt ausdrücklich die Stellungnahme des Bau, Werk- und Umweltausschusses vom 08.04.2014, TOP 5,“

„Auf Antrag der im Verbandsgemeinderat Gerolstein vertretenen Fraktionen beschließt der Verbandsgemeinderat:

• **„Den vorliegenden Beschlussempfehlungen für die Verbandsgemeinderatssitzung mit der gesamten Stellungnahme zum Entwurf des regionalen Raumordnungsplans und den ausführlichen Aussagen zur Rohstoffproblematik mit allen einzelnen Stellungnahmen wird ausdrücklich zugestimmt.“**

[Stellungnahme des Bau, Werk- und Umweltausschusses vom 08.04.2014, TOP 5.](#)

Diese nicht öffentliche Sitzung des BWU fand unter dem Vorsitz des BM Pauly statt, die Vorlagen und Beschlussempfehlungen wurden vom Leiter des Fachreich 2 (K. Jansen) erstellt.

In dem von PLG Vorstandsmitglied Pauly als „**entscheidungsreifer Entwurf**“ gewürdigten Vorlage der PLG werden dezidierte Vorschläge zur Entwicklung der Landwirtschaft gemacht:

•II 2.4.3 Landwirtschaft (Z 42) →S. 31

„Diese besondere **Funktion L** wird Gemeinden zugewiesen, in denen die **Landbewirtschaftung in der Fläche (neben Agrarproduktion auf der Grundlage landwirtschaftlicher Betriebe im Voll-, Zu- und Nebenerwerb)** insbesondere auch für die **Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Siedlungsstruktur unverzichtbar ist.**

Wegen der hohen sozioökonomischen Bedeutung ist die örtliche Bauleitplanung so zu lenken, dass die Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe gewährleistet wird und ihre Entwicklungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

Die besondere Funktion L ist im Bereich der VG Gerolstein zugewiesen u. A. den

Gemeinden: Hohenfels-Essingen, und Rockeskyll “

•Gem. G 43 soll durch funktionsfähige landwirtschaftliche Betriebe in den dünn besiedelten ländlichen Räumen auch eine **Pflege der Kulturlandschaft gesichert werden.** Unter den Erläuterungen wird ausgeführt, dass eine an den **Prinzipien der guten fachlichen Praxis orientierte landwirtschaftliche Nutzung** durch die Bereitstellung vielfältiger Lebensräume zum Aufbau eines regionalen Biotopverbundsystems und zur Erhaltung eines attraktiven Landschaftsbildes sowie zur Sicherung der Erholungsfunktion der Landschaft beitragen.

Diese vom **VG-Rat akzeptierte Phrase** entstammt den maßgeblich von der **Landwirtschaftskammer rlp** erstellten Leitlinien oder Absichtserklärungen ohne jede **rechtliche Bindung:**

„Die gute fachliche Praxis in Leitlinien festzuschreiben war das Anliegen einer Arbeitsgruppe der Landwirtschaftskammer Rheinland- Pfalz sowie der beiden Bauernverbände Rheinland-Nassau und Rheinland- Pfalz Süd. Die hier vorliegenden **Leitlinien zur guten fachlichen Praxis der pflanzlichen Produktion** wurden im Vorstand der Landwirtschaftskammer Rheinland- Pfalz am **3. April 2004** beschlossen und verabschiedet.“

Sie stellt auf die Bedürfnisse der konventionellen Landwirtschaft ab und ist so phrasenhaft und unverbindlich (s. 2.) gehalten, dass z. B. Kreisbauernverbandsvorsitzender und FDP Landtagskandidat Marco Weber als Herr von ca. **1750 Schweinen und der Landwirt des Reginenhofs mit bis zu 600 Stück GVE** (Großvieheinheiten) problemlos unter dem Dach dieser Leitlinien ihre Betriebe führen können, **inklusive der Gülle- und Glyphosatausbringung.**

Den Adressaten dieses offenen Briefes war dieser Sachverhalt klar sonst hätten sie nicht bei der Beschlussfassung ihrer Resolution den Antrag des FDP Vertreters A. Cornesse im VG Rat abgelehnt.

Sie wussten nämlich, dass es nach den „Prinzipien der guten fachlichen Praxis“ sowieso schon nur ein sehr eingeschränkter „Flächenbezug“ für die konventionelle Landwirtschaft besteht:

(In der konventionellen Landwirtschaft gilt ein Viehbesatz von 2,0 GV/ha LF als durchschnittlich. Das kann aber

„nach den Prinzipien der guten fachlichen Praxis“

je nach Betriebsstruktur bedeuten, dass der Viehbesatz auf der Anbaufläche für Futter auf 5 bis 10 GV/ha steigen kann (Reginenhof) Nach der jetzigen Gesetzes-/Verordnungsnorm ist nach Auslegung der Agrarlobby noch eine Flächenbindung gegeben, wenn nur mindestens 50% der Futtermittel selbst erzeugt werden. Bis zur Hälfte des Futters können dann zugekauft werden; aus Südamerika, aus Asien oder Afrika.

Der „nachhaltige bäuerliche“ Wirtschaftskreislauf könnte dann wie folgt aussehen: Bei möglichen **600 GV (Großvieheinheiten)** müsste der Reginenhof mindestens **300 ha zur Erzeugung von Futtermitteln bewirtschaften!**

Diese 600 GV produzieren so aus 50% Eigenfutter 100 % (ca. 16.800.000 Liter) Gülle pro Jahr.

Diese dürfen dann, wie mehrfach geschehen, mit **Sondergenehmigung des DLR z. B. sogar im Mineralwasserbildungsgebiet und FFH-Gebiet auch in den vegetationslosen Wintermonaten und im Wasserschutzgebiet Birgel entsorgt werden.**)

Von einer „**bäuerlichen, kleinteiligen Kreislaufwirtschaft**“, wie sie laut Resolution vom VG-Rat im Interesse des Tourismus und des Wasserschutzes gefordert wird, kann so keine Rede mehr sein.

·II 3.2 Freiraumnutzung (S. 67 ff.)

3.2.1 Landwirtschaft und Weinbau

*In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft (Z 148) ist der **landwirtschaftlichen Produktion Vorrang vor konkurrierenden Nutzungen** einzuräumen. Weitere Details in den G/Z 138 – 150.*

„ *Die besondere Funktion L (Landwirtschaft) haben u. A. die Gemeinden **Hohenfels-Essingen, und Rockeskyll.***

Der BWU Ausschuss (Pauly/Schildgen/Jansen) und in der Folge der VG-Rat stimmen also ausdrücklich dem PLG-Entwurf zu und weisen die Flächen von Rockeskyll und Hohenfels/Essingen der intensiven landwirtschaftlichen Intensivbewirtschaftung zu,

obwohl diese Flächen eindeutig im Zentrum des Mineralwasserbildungsgebiets liegen.

Pauly, Schildgen und Jansen

haben damit vor der Kommunalwahl 2014 bewusst gegen Inhalt und Intention ihrer eigenen Resolution verstoßen und schreiben den Vorrang der Intensivlandwirtschaft (s. Reginenhof) für die Zukunft fest

Dies ist m. E. Betrug, nicht nur an den Wahlbürgern, sondern an allen GerolsteinerInnen.

Gleichzeitig wird eine zusätzliche Möglichkeit der Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und wirtschaftlicher Existensgrundlagen eröffnet.

5. In der Zeit von der Beschlussfassung der Resolution im Dezember 2013 ist auf dem Munterleyplateau bis zur Kasselburg als dem „**sensibelsten Neubildungsgebiet für Grundwasser bzw. Mineralwasser vom Typus „Gerolsteiner“ (Kerngebiet)**“ bis heute an mindestens sechs Terminen großflächig Gülle ausgebracht worden.

Auf demselben Gebiet und im direkten Umfeld des Gerolsteiner Brunnen wurde mehrmals zumindest seit 2013 vor der Maisaussaat ausgiebig **Glyphosat als Breitbandherbizid gespritzt.**

Neben den andauernden Geruchsemissionen vor allem zu Lasten der Bürger aus Gerolstein-Nord wurde der zur **Renaturierung (Aktion Blau) vorgesehene Peschenbach** stark mit Gülle/Silageabwässern belastet.

Von den diesbezüglichen **Ergebnissen der Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Trier und weiterer Analysen z. B. der Hedenquelle** erfährt die Öffentlich-

keit nichts.

Vom Verleugnen, von dreisten Schutzbehauptungen und Verfälschen von Fakten (alternative Fakten).

Zu einem 2. Gesprächstermin mit der **BI-Gerolstein Nord** (Ich durfte die BI begleiten) hatte der Stadtvorstand (Bongartz, Jansen, Lames) zum **26.03.2015** in Sachen Reginenhof eingeladen, dazu offenbar zur Verstärkung Herrn Lorenz vom DLR Bitburg.

Ohne im Einzelnen den Gesprächsverlauf wiederzugeben, war das Ergebnis wie folgt:

Lt. Herrn Lorenz verläuft von kleineren anstehenden Nachbesserungen abgesehen alles im gesetzlichen Rahmen und „**nach den Prinzipien der guten fachlichen Praxis**“

Die Stadtvertreter argumentierten nur sehr ausweichend, sahen sich keineswegs in irgendeiner Verantwortung und beriefen sich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, auf die sie keinen Einfluss hätten.

Als ich des Öfteren auf die Verlaufsgeschichte (s. o.) Bezug nahm, wurde ich vom Stadtbürgermeister gemäßregelt. Für den Wiederholungsfall drohte er damit, mich **des Saales zu verweisen.**

Weil ich die weiteren Einlassungen von Bongartz und Jansen in der Sache als verlogen und unerträglich empfand, verließ ich freiwillig den Raum.

Tage später berichteten mir mehrere BI-Teilnehmer übereinstimmend über den Fortgang des vorgenannten Gesprächs insbesondere über folgende Aussagen des **1. Beigeordneten K.**

Jansen: (sinngemäße Wiedergabe)

Wenn wir (die Stadt) zum fraglichen Zeitpunkt des Reginenhof-Verkaufs gewusst hätten,

dass der Ankauf des Hofes so preiswert war und

dass der Ausbau des Hofes so negative Folgen nach sich ziehen würde,

hätten die VG/Werke/Stadt den Hof gekauft und auf den Gerolstein-Nord benachbarten Betriebsflächen einen Bebauungsplan ausgewiesen.

Hieraus ergibt sich, dass der frühere Leiter des Fachbereiches II und ab 2014 der 1. Beigeordnete der Stadt

- **lügt, indem sein Unwissen als reine Schutzbehauptung benutzt,**
- **mit dem Wort „wir“ die Verwaltung incl. Pauly und gesamte Stadt „zum fraglichen Zeitpunkt 2009/2010“ (Schwartz und May) in die Haftung einbezieht.**
- **Nicht lügt und damit seine Inkompetenz und sein dienstliches Versagen zum Schaden von Gerolstein offenlegt.**

In gleichem Kontext:

[Trierischer Volksfreund vom 29.5.2015](#)

Gerolsteins Stadtbürgermeister Friedhelm Bongartz (CDU) sagt zu dem Problem: "Ich habe für die Anwohner großes Verständnis.

Wir haben nach gesetzlichen Möglichkeiten gesucht, dass die Geruchsbelästigung reduziert wird, aber keine gefunden.

Der Betrieb ist genehmigt."

Bongartz, der zum Zeitpunkt der Genehmigung noch nicht im Amt war, sagt:

"Ich glaube, die Verantwortlichen haben damals das Ausmaß ihrer Entscheidung nicht erkannt.

Nach heutiger Erkenntnis würde ein Betrieb in dieser Größenordnung an dieser Stelle wohl nicht mehr genehmigt werden."

6. Zusammenfassung und gegenwärtige Gefährdungslage

Späte Erkenntnisse

"Aus Sicht des Grundwasserschutzes ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dem ausgewiesenen Rohstoffvorkommen in der [Gerolsteiner Mulde](#) um das sensibelste Neubildungsgebiet für Grundwasser bzw. Mineralwasser vom Typus „Gerolsteiner“ handelt (Kerngebiet).

Dies ist in erster Linie auf das Auftreten sehr gut wasserdurchlässiger Schichten (Spaltenkarst im Dolomit, vulkanische Ablagerungen der Papenkaule, etc.) und tiefreichende tektonische Störungen als Aufstiegswege für Kohlensäure zurückzuführen.

Vor diesem Hintergrund ist aus fachlicher Sicht keine Vereinbarkeit der konkurrierenden Nutzungen „Mineralwassergewinnung“ und „Rohstoffgewinnung“ erkennbar“. (Stadtrat vom 09.10.2014)

"Innerhalb des Bereiches liegt eine neue Quelle des Gerolsteiner Brunnen. Nach Auffassung von Herrn Dr. Köppen, Gesellschaft für angewandte Geo- und Ingenieurwissenschaften „Wasser und Boden GmbH“ aus Boppard, ist dieses Gebiet, ebenso wie die unmittelbar angrenzenden Flächen, als Naturschutzgebiet auszuweisen, da ein großer Teil der Grundstücke sehr intensiv landwirtschaftlich genutzt wird und durch die Düngung mit Gülle das Grundwasser gefährdet ist. Es handelt sich hier um die Kernzone des Mineralwasserschutzgebietes." (FoWeU vom 10.09.2014)

- Gülleausbringung von 2011 bis 2016

https://www.hjst.net/Fotogalerien/Gulle/gulle_0.htm

<https://www.hjst.net/Umwelt/Landwirtschaft/Gulleskandal/gulleskandal.html>

- Pseudo-Aktivitäten des Stadtbürgermeisters unter Anleitung des für den Fachbereich **natürliche Lebensgrundlagen!!** u. **Bauen Carsten Schneider**, dieser

jederzeit natürlich unter **der Kontrolle des BM Pauly**.

Zusammenarbeit der Stadt mit dem Gerolsteiner Brunnen in Fragen des Natur- und Ressourcenschutzes

*Durch den Vorsitzenden und den Ersten Beigeordneten wird erläutert, dass in einem Gespräch des Arbeitskreises Stadtentwicklung mit der Geschäftsleitung des Gerolsteiner Brunnen, diese auf die Bedeutung des Naturschutzes, insbesondere des Grundwasser- und Mineralwasserschutzes hingewiesen hat. In einem vorausgegangenem Gespräch mit Bürgermeister **Matthias Pauly, dem Stadtbürgermeister und den Beigeordneten war die Überlegung angestellt worden, eine gemeinsame Naturschutzstiftung zu schaffen. ...***

Mehr im (Anhang: 2016-10-06 ...) und (Anhang: WoSp 42 W0 ...)

Zusammenfassung

2. Offener Brief vom 08.10.2018

als **zeitliche Aktualisierung der Informationen zur Anzeige**

Auf der Startseite meiner Website <https://www.hjst.net/> und

[Fakten, Märchen, postfaktische Legenden und Lügen](#)

an

- den Gerolsteiner Stadtbürgermeister F. Bongartz,
- den ersten Beigeordneten [Klaus Jansen](#)
- den jetzigen und für die fusionierte VG schon [vorinstallierten Fachbereichsleiter](#) für *natürliche Lebensgrundlagen!!* u. Bauen Carsten Schneider
- den sich und sein Amt unkontrolliert selbst abwickelnden Beauftragten [Matthias Pauly](#)
- den Königsmacher (2001- Pauly, 2014 - Bongartz, 2018 - Schmitz), als jahrzehntelanger Fraktionssprecher und [Strippenzieher](#) der Mehrheitspartei CDU im VG Rat und alter wie neuer Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes sowie Listenführer der CDU Klaus Schildgen

nachrichtlich:

- Presse/TV
- Mandatsträger aus Stadt und VG Gerolstein
- die Beauftragten der 3 alten VGs
- Bürgermeisterkandidaten für die fusionierte VG
- die lt. [TV vom 29.09.2018](#) designierten Fachbereichsleiter

- mit den “natürlichen Lebens- und Existenzgrundlagen” befassten Ämtern und Behörden
- Unter BCC für mich per Mail erreichbare kommunalpolitisch interessierte BürgerInnen des Gerolsteiner Landes
- Website:www.hjst.net



Die oben genannten Adressaten dieses offenen Briefes sind hauptverantwortlich für die **extreme Gefährdung der Existenzgrundlagen Gerolsteins u. des Gerolsteiner Landes** durch bewusstes Ignorieren von Fakten, durch das Unterlassen gebotener Untersuchungen und das Verweigern entsprechender Schutzmaßnahmen für die Mineralwassergewinnungsgebiete der Gerolsteiner Kalkmulde.

Sehr geehrte Herren

diesen offenen Brief schreibe ich im Vorfeld der Wahlen des Bürgermeisters und des VG- Rates der fusionierten Verbandsgemeinde anlässlich folgender Sachverhalte:

- Im Wahlkampf der Kandidaten und Parteien auf Plakaten, auf Flyern, im Blättchen, den diversen Anzeigenblättern spielt neben den üblichen Worthülsen und leeren Phrasen zu Digitalisierung, Zukunftsorientierung, zu “neuen Innovationen” der Begriff “**unsere Heimat**” den Schwerpunkt, angelehnt an die Strategie bei Bundes- und Landtagswahlen.
 - Dabei wissen diese Heimatfreaks ganz genau, dass unsere **Eifelheimat** seit Jahrzehnten durch den Gesteinsabbau rücksichtslos geplündert wird. Vor allem unsere Vulkaneifel wird durch den Lavaabbau regelrecht und unwiederbringlich ausgeweidet.
 - Kandidaten und Parteien wissen, dass die Intensivlandwirtschaft „**nach den Prinzipien der guten fachlichen Praxis**“ dabei ist, das Wasser als unseren größten Schatz, unsere unterirdischen Maare (Gees, Steffeln) unsere Kyll und die Bäche, unsere **Grundwässer** und die **Tiefenwässer** durch die Nutzung von Glyphosat und das Ausbringen von Gülle massiv gefährdet bzw. teilweise schon geschädigt sind.
 - Es ist immer wieder erstaunlich, wie dreist gerade **vor Wahlen Öffentlichkeit und Wähler betrogen** werden.
- (siehe dazu auch die von Schildgen initiierte **Resolution des VG-Rates**, im Dezember 2013 verabschiedet, und nach der Kommunalwahl 2014 wieder eingestampft, indem

Hohenfels - Essingen und Rockeskyll zu landwirtschaftlichen Schwerpunkt-Gemeinden (L- Gemeinden) erklärt wurden, in denen dann „[nach den Prinzipien der guten fachlichen Praxis](#)“ gewirtschaftet wird,

Nach meiner Überzeugung sind die vier Adressaten dieser Mail als kommunalpolitisch tätige [Verwaltungsbeamte und Mandatsdräger](#) stellvertretend verantwortlich für das jahrelange, ignorante und grob fahrlässige Verweigern aller zwingend gebotenen Schutzmaßnahmen für Boden, Grundwasser und Tiefenwässer.

Letztes exemplarisches Beispiel des Vertuschens wahrscheinlich schon entstandener Schäden, der Sprachtrixerei und das Verweigern jeder Einsicht über das eigene Versagen:

Fortsetzung (24.04.2018) der Hofberichterstattung des Trierischen Volksfreundes:

TV vom 24.04.2018 ["Hilfe für Kneippjünger II"](#)

TV vom 31.01.2018 ["Hilfe für Kneippjünger"](#)

TV vom 31.01.2018 ["Aufatmen trotz Niederlage im Güllestreit"](#)

Rechtzeitig zur beginnenden Weihnachtzeit [ruft der Hofberichterstatter des TV den Umweltfrieden aus](#) dank des Einsatzes vom Brunnen, der Stadt und dem Land. (und BM Pauly ??) 21.11.2072

Zu den wahren Hintergründen siehe auf dieser Seite:

Fakten, Märchen, postfaktische Legenden und Lügen

Rückruf aus dem Gesundland:

Erhöhte Nitritgehalte – DAUNER &

DUNARIS ruft bundesweit Mineralwasser zurück

(22.12.2017)

„Erreger in Umwelt angekommen“ TV vom 06.02.2018

Antibiotika-resistente Keime in Gewässern gefunden

Gerolstein, "Die Stadt im Fluss"

TV vom 15.05.2017: (**Gerolstein**) *Bei der Einweihungsfeier des neuen Kyllparks am Rathaus in Gerolstein am Montagmittag, zu der rund 250 Festgäste kamen, herrschten optimales Wetter und gute Laune. Die deutlich auf über eine Million Euro gestiegenen Kosten und Probleme bei der Umsetzung spielten da kaum mehr eine Rolle, andere Dinge hingegen umso mehr.* [zum ganzen Artikel ...](#)

Im nachfolgenden Sommer wurde der Park bei gutem Wetter sehr gut von der Bevölkerung angenommen. Das Wassertretbecken als aufwändiges Herzstück der Anlage ist leider bis heute nicht nutzbar (Schaumbläschen, Algenteppiche, fehlender Handlauf, s. Fotos unten). Wegen der fehlenden Transparenz/Information des Handelns von Verwaltung und Politik schrieb ich in einer [Mail an Frau Kallweit \(Kreisverwaltung Vulkaneifel\)](#) :

"Sehr geehrte Frau Kallweit,

weder Herr Schneider vom Fachbereich 2 VG-Verwaltung Gerolstein noch Herr Brück von den Werken sahen sich Anfang August als zuständig für den Zustand des Fließgewässers Kyll, die Algenbildung und die seit über einem Jahr offensichtliche Bläschen- und Schaumbildung betreffend. (s. die Anhänge/Fotos)

Es sollte im öffentlichen Interesse sein, nachweislich auszuschließen, dass aus der "Stadt im Fluss" eine "Stadt in der Jauche" wird." ([Mail vom 04.09.2017](#))

(aktualisiert am 20.11.2017)

In gleicher Mail an Frau Kallweit habe ich weitergeleitet eine [Mail an Herrn Weinandy von der SGD Nord vom 18.08.2017](#) mit der Bitte, den Zustand des Kyllwassers und der Hedenquelle auf Güllederivate/Glyphosat zu untersuchen.

"... Neben der von Ihnen zugesagten Analyse des Kyllwassers (Schaumbläschen, Algenbildung) bitte ich Sie um eine Analyse des Quellwassers der Hedenquelle (Hangquelle am Lockschuppen) auf Güllederivate und Glyphosat. ..."

In den Mailschriftverkehren mit SGD Nord und Kreisverwaltung Vulkaneifel wird deutlich, dass beide Verwaltungen genau wie die VG-Verwaltung

- entweder kein Interesse an der Sicherung/Überprüfung einer für eine "Stadt im Fluss" existenziell wichtigen Wasser- und Gewässerqualität haben
- oder aber über Informationen verfügen, die zu veröffentlichen man sich entgegen der Transparenzverpflichtung nicht traut.

siehe dazu auch: [Mail Wolfgang Künzer \(SGD NORD\)](#)

21.11.2017; Forts. folgt ...

"Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Wer die Wahrheit kennt und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher." (Bertolt Brecht, Leben des Galilei)

Mit freundlichen Grüßen

31.12.2018

Hans-Joachim Stief
Gerolsteiner